Die absehbare Zukunft: wenig Absehbares

„Wir schaffen das.“
Dafür ist unsere Bundeskanzlerin oft und heftig kritisiert worden. Doch scheint es im Moment, als habe sie Recht behalten. Die Zahl der Asylanträge, die in Deutschland gestellt werden, ist deutlich zurückgegangen. Immer mehr Geflüchtete finden eine Arbeit, die es ihnen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. In einigen Branchen, vor allem in Gastronomie und Hotelgewerbe, Pflege und Bauwirtschaft, führte der Arbeitskräftemangel dazu, dass sogar abgelehnte Asylbewerber Ausbildungsplätze erhalten und somit gemäß der sogenannten „drei-plus-zwei-Regelung“ nach der Ausbildung noch weitere zwei Jahre in Deutschland arbeiten dürfen. Die Arbeitgeber wissen die Einwanderung zu schätzen. Auf ihren Druck hin wurde nicht nur das neue „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ beschlossen, sondern auch eine „Beschäftigungsduldung“ für Minderqualifizierte in Aussicht gestellt.
Dennoch ist die Situation alles andere als klar. Sicher werden gebildete und gut ausgebildete Geflüchtete ihren Weg in Deutschland machen und wir alle von ihrer Arbeit profitieren.
Alle Aufenthaltsberechtigungen werden in festgelegten Abständen überprüft; viele Geflüchtete werden wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, wenn die Fluchtgründe weggefallen sind. Das wird in zahlreichen Fällen aus freien Stücken geschehen, in anderen gezwungenermaßen.
Die große Zahl der Geflüchteten in Arbeit ist sich aber wohl nicht bewusst, wie unsicher ihr Bleiben trotz Beschäftigung ist: Wenn die Konjunktur schwächer wird, wird mittels der auslegungsbedürftigen Begriffe „gut integriert“ oder „hinreichendes Deutsch“ im Gesetz die Ermessensentscheidung über das Bleiberecht bzw. die Verlängerung wohl anders ausfallen, weil die Menschen dann auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden.